



picture-alliance/dpa/epa afp Mukherjee

Der 2001 von den USA ausgerufene »War on Terror« katapultierte die Grenzregion zwischen Pakistan und Afghanistan ins Zentrum der welt-politischen Aufmerksamkeit. Häufig wird jedoch übersehen, dass sich hier verschiedene Konflikte überlappen. Während NATO-Truppen mili-tante Islamisten bekämpfen, vollziehen sich gleichzeitig Interessenkon-flikte zwischen den Nationalstaaten Afghanistan und Pakistan sowie – auf beiden Seiten der Grenze – zwischen lokaler Autonomie und staatlicher Einflussnahme. Wie es zu dieser Gemengelage kommen konnte, ver-deutlicht ein Blick in die Geschichte.

Das Foto zeigt den früheren afghanischen König Mohammed Zahir Shah (links), angetan mit einem traditionellen Turban, im April 2002 bei einer Unterredung mit paschtunischen Stammesführern in seiner Kabu-ler Residenz. Zahir Shah gehörte wie Präsident Hamid Karsai selbst der Volksgruppe der Paschtunen an. Er verbrachte 29 Jahre im Exil und kehrte erst 2002 in seine Heimat zurück. Mohammed Zahir Shah starb im Juli 2007 in der afghanischen Hauptstadt.

Staat und Stamm – Das Grenzland der Paschtunen

Im »Great Game«, das im 19. Jahrhundert zwischen Britisch-Indien und Russland ausgetragen wurde, ging es um nicht weniger als um die Frage, welche Kolonialmacht die Vorherrschaft über Asien erringen würde. Die russische Politik war in erster Linie vom Drang zum »warmen Meer« bestimmt. In der britischen Politik kamen unterschiedliche Strömungen zum Tragen. Für Britisch-Indien stellte sich stets die Frage, wie weit sein Einfluss über den Indus nach Nordwesten hinaus verschoben werden sollte. Aufgrund verhängnisvoller Fehleinschätzungen seitens der Engländer, Irritationen zwischen Großbritannien und den afghanischen Emiren, Regierungswechseln in London sowie der unübersichtlichen Machtkonstellationen in Afghanistan stieß das Empire am Hindukusch schmerzlich an die Grenzen kolonialer Weltpolitik: 1838–1842, 1879/80 und 1919 kam es zu Kriegen zwischen Afghanistan und Britisch-Indien, aus denen Letzteres stets angeschlagen hervorging.

Erst nach dem Zweiten Anglo-Afghanischen Krieg einigten sich Britisch-Indien und Russland darauf, das Emirat Afghanistan zu schaffen. Wesentlicher Grundstein seiner Staatswerdung war zwischen 1887 und 1895 die Festlegung einer territorialen Grenze durch die beiden Kolonialmächte. Aus einer Position der Schwäche heraus musste der afghanische Emir Abdur Rahman 1893 die Durand-Linie als Grenze zu Britisch-Indien anerkennen. Damit lag etwa die Hälfte des Stammesgebiets der Paschtunen, welche die Nominalbevölkerung Afghanistans bilden – Paschtune bedeutet auf Persisch Afghane –, in Britisch-Indien.

Paschtunistan – die nationalstaatliche Grenzziehung

Bis heute wird die Grenze von paschtunischen Nationalisten auch unter Aspekten des Völkerrechts infrage gestellt. So ist eine weit verbreitete Meinung, dass der Grenzvertrag nur eine Gültigkeit von einhundert Jahren hatte. Jedoch findet sich im

Originalvertrag kein Vermerk darüber. Ein anderes Argument lautet, dass der Vertrag damals nur auf Englisch und nicht auch auf Persisch abgefasst worden sei, was den internationalen völkerrechtlichen Standards zuwiderlaufe. Schließlich wird darauf verwiesen, dass das Abkommen zwischen Afghanistan und Britisch-Indien geschlossen wurde, womit die Rechtskräftigkeit der Grenzziehung nicht automatisch auf das souveräne Pakistan übergehe, das 1947 die Rechtsnachfolge antrat.

Die Kontroverse um die Durand-Linie muss in Verbindung mit einem paschtunischen Nationalismus gesehen werden, der erstmals in den 1920er-Jahren aufkam. Dessen Hochburgen lagen in den Städten (v.a. Peschawar), während in den ländlichen Regionen entlang der Grenze Stammesrivalitäten einem einigenden Nationalismus entgegenstanden. Die Bewegung Khudai Khidmatgaran (Diener Gottes), bekannter als Red Shirts, unter Führung von Abdul Ghaffar Khan propagierte diesen paschtunischen Nationalismus. Primäres Ziel der Red Shirts war die Abschüttelung der britischen Herrschaft, während die Gründung eines eigenen Staats zunächst im Hintergrund blieb.

Mit dem Zusammenbruch Britisch-Indiens fiel nach der Durchführung eines stark umstrittenen Referendums 1947 die North-West Frontier Province (NWFP) an Pakistan. Die Gründung eines eigenen Staats »Paschtunistan« oder der »Anschluss« an Afghanistan hatten bei der Abstimmung nicht zur Wahl gestanden. Die Bannu-Resolution, die am 21. Juni 1947 eine Vollversammlung der NWFP einstimmig verabschiedete, forderte die Umwandlung des Gebietes in einen souveränen Staat »Paschtunistan«. Die Erklärung fand jedoch kein Gehör.

Afghanistan machte sich seit der Gründung Pakistans immer wieder für die Selbstbestimmung der dort lebenden Paschtunen stark. Der Paschtunistan-Konflikt brachte 1955, 1961 sowie 1977/78 Afghanistan und Pakistan an den Rand eines Kriegs und veranlasste Pakistan in den 1950er- und 1960er-Jahren wiederholt dazu, seine Grenzen zu Afghanistan zu schließen. Der erste Höhepunkt des Konfliktes war erreicht, als 1949 eine *Loya Dschirga* (Ratsversammlung) in Kabul die völkerrechtliche Bedeutung der Durand-Linie für nichtig erklärte. 1955 forderte der afghanische König Mohammed Zahir Schah gar eine »Wiedereingliederung« Paschtunistans.

Abdul Ghaffar Khan (Badschah Khan) – der »Grenz-Gandhi«

Eng verbunden mit der Herausbildung eines nationalen Bewusstseins der Paschtunen in der Nordwestgrenzprovinz (North-West Frontier Province, NWFP) Pakistans und der Idee eines unabhängigen Paschtunistans ist der Name Abdul Ghaffar Khan (1890–1988). Die seit 2006 in Peschawar regierende, paschtunisch-nationalistische Awami National Party (ANP) unter Führung von Ghaffar Khans Enkel, Asfandyar Wali Khan, knüpft heute an diese Tradition an. Die ANP möchte die NWFP symbolisch in *Pakhtunkhwa* umbenennen.

Schon 1947 war damit allerdings kein grenzübergreifendes und alle Stammesgebiete einschließendes Paschtunistan gemeint. Ghaffar Khans politisches Engagement konzentrierte sich vielmehr auf die als »sesshaft« bezeichneten Territorien in der indischen Grenzprovinz, deren rechtliche Gleichstellung mit den übrigen Landesteilen Britisch-Indiens 1931 einen ersten Erfolg seiner Red-Shirts-Bewegung darstellte. Alle Teile der NWFP waren bis zu diesem Zeitpunkt den Frontier Crimes Regulations von 1901 unterlegen, die in den von Islamabad aus verwalteten Stammesgebieten (Federally Administrated Tribal Areas, FATA) sogar bis heute Gültigkeit besitzen.

Als Red Shirts (Surkh Poosh) oder auch Khudai Khidmatgaran (Dienner Gottes) hatte Ghaffar Khan seit 1929 in der NWFP seine Anhängerschaft unter den Paschtunen straff organisieren können. Ghaffar Khan vertrat das Prinzip völliger Gewaltfreiheit. Dies stand in sichtbarem Gegensatz zur dominierenden Wahrnehmung der Paschtunen als »wilde Krieger«. Ghaffar Khan mobilisierte deren politisches Bewusstsein und rief zu zivilem Ungehorsam gegenüber den britischen Kolonialherren auf. Gleichzeitig trat er für soziale Reformen, Bildung, eine höhere Beteiligung von Frauen im öffentlichen Leben und eine säkulare Regierung ein.

Die Red Shirts kooperierten mit dem Indian National Congress (INC), der so genannten Kongresspartei. Nicht nur war deren Führer Mahatma Gandhi Vorbild für Ghaffar Khan, sondern beide Parteien verfolgten eine ähnliche Zielsetzung: Den Abzug der Briten sowie die Einheit von Hindus und Muslimen in einem unabhängigen Indien. Den Niedergang der Bewegung besiegelte die Zustimmung der Kongresspartei zur Teilung Britisch-Indiens. Die von Ghaffar Khan

vorgeschlagene Bildung eines autonomen Paschtunistan innerhalb Pakistans wurde abgelehnt. Im neu geschaffenen Pakistan waren der »Grenz-Gandhi« und seine Anhänger vielmehr wie bereits unter den Briten als Hindus, Nicht-Muslime und angebliche indische Agenten Verfolgung und Diffamierung ausgesetzt, obwohl Ghaffar Khan immer wieder öffentlich seine Loyalität zu Pakistan erklärt hatte. Nach Jahren in pakistanischen Gefängnissen sowie des Exils in Indien und im afghanischen Dschalalabad starb Ghaffar Khan 1988 in Peschawar. Auf eigenen Wunsch fand er im Garten seines Hauses in Dschalalabad die letzte Ruhe: Ermöglicht wurde die Beisetzung, weil die Mudschaheddin und die sowjetischen Truppen einen eintägigen Waffenstillstand vereinbarten und sich darauf einigten, die Grenze für den Trauerzug zu öffnen. (km)

Neben dem ethnischen Argument begründete Kabul seinen Anspruch auf Paschtunistan mit historischen Verweisen. So wurden die Ausdehnung des Durrani-Reichs unter »Baba« Ahmed Schah (1747–1772) sowie die des antiken Aryana zur Untermauerung afghanischer Begehrlichkeiten ins Feld geführt. Damit war die Frage verknüpft, welches Gebiet Paschtunistan eigentlich umfasste. Die Minimalforderung setzte es mit der NWFP gleich. Eine weiter gehende Forderung erblickte auch in der Provinz Belutschistan einen Teil Paschtunistans (vgl. Info-Kasten auf S. 92). Dahinter verbarg sich der Wunsch, einen Zugang zum Indischen Ozean zu erhalten. Zur Untermauerung seiner irredentistischen Position betrieb Kabul eine aktive Politik in der Grenzregion und in der NWFP. So richtete die afghanische Regierung ein Ministerium für Stammes- und Grenzangelegenheiten ein, das den paschtunischen Widerstand gegen Islamabad organisieren sollte.

Ogleich in den letzten 60 Jahren in Pakistan selbst immer wieder der Ruf nach einem eigenen Staat *Pakhtunkhwa* oder nach der Angliederung an Afghanistan aufkam, erblickten die dortigen Verfechter eines paschtunischen Nationalismus in diesen Forderungen eher ein Instrument, um ihren eigenen Einfluss auf das pakistanische Staatswesen zu stärken. Die Regierung in Islamabad wiederum bemühte sich nach Abspaltung Bangla-

deschs 1971, gerade die paschtunische Elite entsprechend einer ethno-lingualen Proporzpolitik stärker mit staatlichen Ämtern zu betrauen. Besonders im Militär und im pakistanischen Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI) sind Paschtunen seitdem überproportional vertreten. Gleichzeitig verlor Afghanistan aufgrund des seit Ende 1978 anhaltenden Krieges und der damit einhergehenden Zerstörungen an Attraktivität als Ansprechpartner und Schutzmacht für paschtunische Nationalisten.

Wenngleich in der Paschtunistan-Frage Kabul als die treibende Kraft erscheint, zeigt auch Pakistan Interesse an einer Einflussnahme auf die afghanische Politik. So betonte Islamabad stets die Bedeutung der »strategischen Tiefe«, die es mit Afghanistan verband. Bis heute ist die oberste Prämisse des pakistanischen Militärs, im Falle eines Krieges mit Indien den Rücken frei zu haben, um nicht in einen Zweifrontenkrieg verwickelt zu werden. Seit der Invasion der Sowjetunion war Islamabad daher bestrebt, afghanische Kriegsparteien zu fördern, die Pakistan gegenüber positiv eingestellt waren. Zu diesen zählten etwa Gulbuddin Hekmatyar oder die Taliban – also Kräfte, die aufgrund ihrer religiösen Weltanschauung ethno-nationale Momente ausblendeten. Als Hekmatyar nach Ende der sowjetischen Besatzung 1989 mit einem Mal seine paschtunische Identität betonte, erklärte Pakistan das einstige Lieblingskind umgehend zur Persona ingrata.

Tribalistan – Grenzziehung zwischen Stamm und Staat

Den nationalstaatlichen Konflikt über die Rechtmäßigkeit der Durand-Linie überlagert der Konflikt zwischen Stamm und Staat. Bereits während der britischen Herrschaft befanden sich die Stämme in ständigem Aufruhr. Die Briten versuchten diese zu befrieden, indem sie ein militärisches Bollwerk in den Stammesgebieten westlich des Indus errichteten, das so genannte Sandeman-System. 1930 verhängte Britisch-Indien das Kriegsrecht. Allein in der Unruhregion Wasiristan unterhielten die Briten in den 1930er-Jahren 28 kampfstärke Bataillone. In manchen Jahren



picture-alliance/opa/Mark Rendels

Paschtune in Amlokdara, Swat-Tal.

mussten diese mehr als 300 Gefechte bestehen. Die Stämme schreckten nicht davor zurück, militärische Außenposten zu attackieren, Garnisonen zu belagern und sich den Briten in offener Feldschlacht zu stellen. Jedoch fußte ihr Widerstand nicht auf einer gemeinsamen nationalen Identität, sondern auf intertribalen Rivalitäten. Jeder Stamm agierte für sich allein. Allianzen unterlagen einem ständigen Wechsel.

Der Aufsässigkeit der Stammesgebiete trugen die Briten Rechnung, indem sie mit der Grenzsicherung Stammesmilizen beauftragten. Diese wurden 1907 zum Frontier Corps

zusammengefasst. Auch in anderer Weise setzte sich die indirekte Herrschaft als britischer Leitgedanke durch. So erließen die Behörden 1872 die Frontier Crime Regulations, welche die Konfliktschlichtung in den Stammesgebieten entsprechend lokaler Rechtsanschauungen vorsahen. Hiermit ging eine Transformation der Stammesstrukturen einher. So institutionalisierte das Empire das Amt des *Maliks* als Stammesoberhaupt und brach damit das Moment der Gleichheit auf, das der tribalen Ordnung der Paschtunen zugrunde lag. Zudem waren die Vertreter der Kolonialmacht darum bemüht, die Stämme durch eine administrative Einhegung zu befrieden. In den 1890er-Jahren wurde das Gebiet entlang der heutigen afghanisch-pakistanischen Grenze in Stammesgebiete unterteilt. 1901 fiel das Territorium westlich des Indus als North-West Frontier Province (NWFP) unter die Administration Britisch-Indiens.

Schon der Name der Provinz weist nicht nur auf ihren Grenzcharakter hin, sondern spiegelt auch das Verständnis einer »zivilisatorischen Mission« wider. In noch stärkerer Weise trifft dies auf jene Gebiete zu, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Andersartigkeit einen Sonderstatus innerhalb Britisch-Indiens

als »tribal« erhielten. Diese verkörperten den Übergang vom »zivilisierten« Britisch-Indien zum »wilden« Afghanistan.

Pakistan vernachlässigte nach seiner Gründung zunächst die Stammesgebiete. Islamabad setzte auf bewährte Mittel wie Bestechung, Vergeltungsakte etc., um Rebellionen auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Auch das Frontier Corps an der Grenze zu Afghanistan blieb bestehen. Nach der Abspaltung Bangladeschs belebte Pakistan 1971 die administrative Ordnung der Stammesgebiete wieder, die einst die Briten eingeführt hatten. Diese wurden in den Federally Administrated Tribal Areas (FATA) zusammengefasst und unterstanden nun direkt dem pakistanischen Präsidenten. Ihre Verwaltung übernehmen seither so genannte Political Agents. In den FATA gelten die während der britischen Herrschaft eingeführten Frontier Crimes Regulations. Das Gebiet verharrt in einem Sonderstatus, in dem es kaum an der wirtschaftlichen Entwicklung Pakistans Teil hat. Seiner Bevölkerung werden zentrale politische Rechte vorenthalten.

Talibanistan – die religiöse Grenzziehung

Häufig wird betont, dass die paschtunischen Stammesstrukturen den Einfluss religiöser Würdenträger begrenzten, da die Mullahs außerhalb dieses Bezugssystems stünden. In Wahrheit üben aber je nach Kontext religiöse Momente sogar erheblichen Einfluss auf die Ordnung der Stämme aus: In den letzten Jahrzehnten ist weniger eine Ablösung der Stammesstrukturen durch einen militanten Islamismus zu beobachten, als vielmehr ein Verschmelzen religiöser und tribaler Vorstellungen.

Bereits im 19. Jahrhundert spielten religiöse Netzwerke eine zentrale Rolle entlang der Grenze. Charismatische Würdenträger – so genannte Mad Mullahs – vermochten die zerstrittenen Stämme kurzfristig auf ein gemeinsames Ziel hin einzuschwören und Allianzen gegen die britische Herrschaft zu stiften. Said Ahmed, Hadda Mullah oder Turangzai standen beim Kampf gegen das Empire in vorderster Linie. Die Rebellion in Wasiristan (1936–1938) führte der berühmte Fakir von Ipi, Mirza Ali Khan, an.

Eine stärkere Institutionalisierung religiöser Eliten erfolgte in den Stammesgebieten erst seit den 1970er-Jahren mit der Is-

lamisierungspolitik General Mohammed Zia ul-Haq, der Pakistan nach einem Militärputsch regierte. Seit den 1980er-Jahren entstanden in der NWFP mehr als 1300 religiöse Schulen (*Medresen*), die häufig der orthodoxen Deoband-Schule nahe standen. Mit der Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen trat zudem die Dimension des »Heiligen Krieges« (*Dschihad*) in den Vordergrund. Die Durand-Linie wurde zu einer ideologischen Grenze zwischen den Weltanschauungen des Kalten Krieges. Der pakistanische Geheimdienst ISI unterstützte beim Aufbau des afghanischen Widerstands vorzugsweise die islamistischen Parteien der Mudschaheddin. Diese kontrollierten die Flüchtlingslager, wo mehr als drei Millionen Vertriebene aus Afghanistan lebten. Während das Gros der Flüchtlinge auf der pakistanischen Seite der Grenze Zuflucht fand, wanderten die paschtunischen Eliten weiter in die Städte Pakistans, nach Europa oder in die USA ab. Damit ging ihr Einfluss auf die Stammesbevölkerung verloren und hinterließ ein politisches Vakuum. Seit Mitte der 1980er-Jahre besetzten zunehmend einfache Geistliche, die überwiegend aus den religiösen Schulen der NWFP stammten, deren Führungspositionen. Diese Entwicklung lag ganz im Interesse Islamabad. Pakistan sah hierin eine Chance, die tribalen Strukturen zu brechen, die paschtunische Identität abzuschwächen und Kämpfer für den Dschihad zu mobilisieren.

Grenze als Gunstraum

Die Weigerung Afghanistans, die Durand-Linie völkerrechtlich anzuerkennen, wie auch die Tatsache, dass Kabul wie Islamabad kaum eine staatliche Repräsentanz in den Stammesgebieten aufbauen konnten, prägten die Struktur der Grenzregion. Bislang weist diese eine hohe Durchlässigkeit auf. Tagtäglich überqueren Tausende Stammesmitglieder die Grenze ohne Papiere. Die Grenzübergänge sind zahlreich; viele Bewohner der Stammesgebiete haben zwei Pässe. Die Durand-Linie bildete für paschtunische Krieger von jeher weniger eine unüberwindbare Barriere als vielmehr eine wichtige Option, um der staatlichen Kontrolle zu entweichen. Bis Ende der 1970er-Jahre überschritten immer wieder ganze Stammeseinheiten die Grenze, um Repressalien

des afghanischen oder pakistanischen Staats zu entrinnen. Die Durchlässigkeit der Demarkationslinie bildete für die Bevölkerung einen wichtigen Gunstfaktor.

Selbst ökonomisch ließen sich aus diesem Zustand Vorteile ziehen. Aufgrund seiner Binnenlage hatte Afghanistan mit Pakistan bereits in den 1950er-Jahren das Afghanistan Transit Trade Agreement (ATTA) getroffen, das Kabul berechtigte, seine Güter über Pakistan zollfrei einzuführen. Dies löste lebhaftes Schmuggelaktivitäten aus, die auch während des Krieges nicht abrisen. Besonders der Handel mit Schlafmohn, der in grenznahen Provinzen wie Nangarhar, Helmand oder Kandahar angebaut wird, eröffnete diesbezüglich ganz neue Verdienstmöglichkeiten. Und anders, als häufig dargestellt, liegen die Stammesgebiete auch nicht fernab jeder Zivilisation: Seit den 1980er-Jahren wandern zahllose Arbeitsmigranten nach Karatschi oder an den Golf ab, bleiben jedoch mit ihren Familien in Verbindung.

Post 9/11

Mit der Intervention in Afghanistan im Herbst 2001 erfuhr die afghanisch-pakistanische Grenzregion weltpolitische Aufmerksamkeit. Hier sollen Osama bin Laden und die Führungsspitze von Al Qaida abgetaucht sein; auch die Taliban zogen sich in das Gebiet zurück. Seit 2001 drehte sich die Spirale der Gewalt ständig nach oben. Von den Grenzgebieten ging der Widerstand gegen die von der NATO geführten ISAF-Truppen wie gegen die afghanische und die pakistanische Armee aus. Während anfangs vor allem die FATA als »sicherer Hafen« galten, in den sich militante »Gotteskrieger« immer wieder zurückziehen konnten, haben verschiedene islamistische Gruppierungen ihre Einflussbereiche schnell aus den Grenzgebieten nach Süd- und Südostafghanistan vorgeschoben. Seit 2009 nahm der Widerstand auch in an die FATA angrenzenden Regionen zu. Besonders Swat unter Führung von Maulana Fazlullah – genannt Mullah Radio – avancierte zu einer Hochburg des Aufstands.

In der Regel liefert das eindimensionale Koordinatensystem des War on Terror Erklärungsansätze für die laufenden Kämpfe. Wenngleich die islamistische Dimension eine wesentliche Rolle



picture-alliance/dpa/epa/loba

Wiedereröffnung der staatlichen Schule in Mingora im Swat-Tal. Nach Wochen intensiver Kämpfe erklärten dort die pakistanischen Behörden am 1. August 2009 ihren Sieg über die Taliban.

spielt, müssen die Auseinandersetzungen jedoch gerade als Überlappung der oben aufgezeichneten Konfliktlinien verstanden werden. So bildet das spannungsreiche Verhältnis zwischen Pakistan und Afghanistan einen wesentlichen Hintergrund. Die jüngsten Bemühungen der Obama-Administration um eine regionale Konfliktlösung stehen beispielsweise vor dem Problem, dass Afghanistan bis heute die Anerkennung der Durand-Linie verweigert. Dass der ISI jahrelang das Wiedererstarken der Taliban unterstützte, erklärt sich nur aus dem pakistanischen Primat der »strategischen Tiefe«. Pakistan blieb es verwehrt, bei der Neuordnung Afghanistans seine eigenen Sicherheitsbedürfnisse einzubringen. Daher kam es im Grenzgebiet immer wieder zu Feuergefechten zwischen afghanischen und pakistanischen Grenzschützern. 2006 äußerte Pakistan den Vorschlag, die Grenze durch einen Zaun und Verminung abzusichern. Dass Kabul hierzu kaum bereit sein dürfte, ist der pakistanischen Regierung nur allzu bewusst: Das Eingehen auf die Vorschläge aus Islamabad würde de facto die völkerrechtliche Anerkennung der Grenze seitens Afghanistan bedeuten.

Ist das schlechte afghanisch-pakistanische Verhältnis einer Friedensfindung abträglich, stellt die Verteidigung lokaler Autonomie eine direkte Antriebsfeder für die Aufstandsbewegung

dar. So wird jede externe Einflussnahme, die die lokale Ordnung beeinträchtigt, als Störfaktor wahrgenommen. Viele lokale Akteure begreifen den War on Terror als einen Staatsbildungskrieg von außen, dem lokale Vorstellungen und Gepflogenheiten zum Opfer fallen könnten. Die Durchsetzung »neuer Spielregeln«, die sich Kabul und Islamabad wie die NATO auf ihre Fahnen schreiben, bedroht nach diesem Verständnis die herrschende Gesellschaftsordnung – von den eingespielten Wirtschaftsaktivitäten (z.B. Schmuggel) bis hin zur traditionellen Rolle der Frau. Widerstand speist sich auch aus dem Wunsch heraus, eine politische Ordnung zu verteidigen, deren Basis eine hohe Skepsis gegenüber Modernisierung in Form staatlicher und internationaler Eingriffe bildet. Diese politische Ordnung verbindet lokale Vorstellungen mit militant islamistischen und schreibt den alten Gegensatz zwischen Stamm und Staat fort.

Conrad Schetter